



14.001

**Geschäftsbericht
des Bundesrates 2013****Rapport de gestion
du Conseil fédéral 2013***Erstrat – Premier Conseil*

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.06.14 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.06.14 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

Hess Hans (RL, OW), für die Kommission: Die GPK beider Räte haben den Geschäftsbericht des Bundesrates in gemeinsamen Sitzungen beraten und dazu alle Mitglieder des Bundesrates und die Bundeskanzlerin angehört. Die zuständigen Subkommissionen der GPK haben ausserdem 12 Aussprachen mit Vertretern von verselbstständigten Einheiten von Unternehmen des Bundes und von einzelnen Verwaltungseinheiten geführt, so etwa mit der Nationalbank, der Finma, den SBB, der Post, der Ruag, unter anderem auch zu spezifischen Themen wie dem Kriegsmaterialexport, dem Personalreporting des Bundes oder dem Risikomanagement in der Bundesverwaltung. Die Subkommissionen orientierten die Plenarkommissionen über diese Aussprachen. Die Subkommissionspräsidenten werden anschliessend über einzelne Themen in ihrem Bereich informieren. Ich beschränke mich hier auf einige allgemeine Feststellungen:

Bei den Anhörungen des Bundesrates und der Bundeskanzlerin zum Geschäftsbericht haben die GPK dieses Jahr einen Schwerpunkt bei den Problemen im öffentlichen Beschaffungswesen gesetzt. Wir befragten sämtliche Departementsvorsteher und Departementsvorsteherinnen und die Bundeskanzlerin darüber, wie sie konkret die Vergabe von Dienstleistungsaufträgen steuern und kontrollieren und wie sie den Verlauf von Projekten überwachen und auch im Griff behalten. Zudem haben wir von allen Departementen und der Bundeskanzlei Angaben zu sämtlichen laufenden Dienstleistungsverträgen mit Dritten, in denen es um Beträge über dem Schwellenwert von 150 000 Franken geht, eingeholt. In den Anhörungen der Mitglieder des Bundesrates und der Bundeskanzlerin thematisierten wir insbesondere jene Verträge, die die Departementschefs selbst hinsichtlich der Budget- und/oder Zeitvorgaben als kritisch einstufen. Eine erste quantitative Auswertung der Angaben hat gezeigt, dass in allen Departementen total 2528 laufende Verträge über 150 000 Franken mit einem Auftragsvolumen von insgesamt 3,3 Milliarden Franken bestehen. Davon wurden 118 Verträge mit einem Gesamtvolumen von 171,5 Millionen Franken bezüglich der Budget- und/oder Zeitvorgaben als kritisch bezeichnet; das heisst, dass dort die Gefahr besteht, dass das Budget und/oder die Zeitangaben nicht eingehalten werden können. Die Subkommission EJPD/Bundeskanzlei unserer GPK wird nun im Rahmen einer Nachkontrolle zur Inspektion des Expertenbeizugs in der Bundesverwaltung eine detaillierte Auswertung dieser Erhebung vornehmen.

Im Weiteren haben sich die GPK über den aktuellen Stand der Aufarbeitung der besonderen Problemfälle, wie des Korruptionsfalls im Seco, orientieren lassen. Die Anhörungen der Departementsvorsteherinnen und -vorsteher haben immerhin gezeigt, dass der Bundesrat nicht nichts tut. Die Verwaltungsführung hat heute dank neuer Kontrollinstrumente einen besseren Überblick über das Beschaffungswesen als noch vor zwei Jahren. Nach Meinung der GPK bleibt aber trotzdem noch einiges zu tun. Wir werden die angelaufenen Verbesserungsmassnahmen durch kontinuierliche Kontrollen weiterhin begleiten und auch vorantreiben, bis wir sicher sein können, dass das Beschaffungswesen kontrolliert, transparent und effizient abläuft – so, wie wir uns das im Sinne des Beschaffungsrechts auch vorstellen.

Trotz dieser eher kritischen Feststellungen im Problembereich des öffentlichen Beschaffungswesens kommen wir aufgrund von zahlreichen Informationen, die wir aus den Geschäftsberichten und den Anhörungen erhalten haben, zum Schluss, dass der Bundesrat eine grosse Arbeit geleistet hat und die Bundesverwaltung insgesamt professionell und mit hoher Qualität arbeitet.

In diesem Sinne beantragt Ihnen die Kommission, den Geschäftsbericht des Bundesrates 2013 zu genehmigen.





Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Ich äussere mich zum Sicherheitsverbund Schweiz, einem Produkt des Sicherheitspolitischen Berichtes 2010. Sämtliche sicherheitspolitischen Instrumente sollen dadurch miteinander verbunden werden: Polizei, Spital- und Sanitätswesen, Feuerwehr, Infrastrukturwerke und Zivilschutz aus dem Bereich des Bevölkerungsschutzes sowie die Armee. Für die fünf Instrumente des Bevölkerungsschutzes sind die Kantone oder die Gemeinden zuständig. Im Rahmen des Sicherheitsverbundes wurde eine Plattform für die Zusammenarbeit zwischen Kantonen und Bund geschaffen. Wie funktioniert das?

Die Präsidenten der Regierungskonferenz für Militär, Zivilschutz und Feuerwehr und der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren treffen sich regelmässig mit der Vorsteherin des EJPD und dem Vorsteher des VBS. Eines der Themen, die bei diesen Treffen behandelt werden, ist die Cyberstrategie. Der Bund hat eine Cyberstrategie verabschiedet, und es ist wichtig, dass er diesbezüglich mit den Kantonen im Gleichschritt marschiert. Es bestehen vier Arbeitsgruppen, die sich mit den Bedürfnissen der Kantone und der Abstimmung des Bundes mit den Kantonen in diesem Bereich befassen. Das ist eines der Gebiete, in welchen Bund und Kantone gleiche Interessen haben. Dank dieser Arbeitsgruppen wird es möglich, Erkenntnisse im Gleichschritt umzusetzen.

Ein weiteres Thema ist der Schutz ausländischer Vertretungen. Sie erinnern sich daran, dass das auch hier schon mehrfach ein Thema gewesen ist. Hier wird die Polizei insbesondere in den Kantonen Bern, Genf, Waadt und Zürich immer noch von der Armee unterstützt. Man sucht nach Lösungen, um dies zu ändern, was doch dafür bisher jeweils ein durch uns zu beschliessender Bundesbeschluss notwendig. In Zukunft soll ein Artikel im Militärgesetz dem Bundesrat diese Kompetenz bis zu einem gewissen Punkt geben.

Ein wichtiges Thema ist die Kommunikation zwischen Bund und Kantonen im Falle einer Krise, zum Beispiel eines Stromausfalls. Mit der Teilöffnung der Swisscom begann die Armee, ihr eigenes Führungsnetz Schweiz zu unterhalten. Es ist heute weitgehend abgeschlossen. Es besteht aus Glasfaserkabeln und militärischen Elementen. Im Rahmen des Sicherheitsverbundes wird darüber diskutiert, wieweit auch die Kantone an diesem Netz teilhaben können und sollen. Die Netze der Kantone funktionieren auf diesem Netz. Es soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, mit der eine allfällige Anschlusspflicht sowie die Kostenbeteiligung bei den Investitionen und beim späteren Betrieb geregelt werden.

Ein weiteres Thema im Rahmen des Sicherheitsverbundes Schweiz ist die Sicherheitsverbundsübung 2014, die im November während drei Wochen stattfinden wird. Es handelt sich dabei um eine Übung in Seminar- und Lehrform mit verschiedenen Szenarien. Alle Kantone ausser Basel-Stadt beteiligen sich an dieser Übung, weil dort im Dezember 2014 die OSZE-Konferenz stattfinden wird und der Kanton vor einer grossen sicherheitspolitischen Herausforderung steht. Die Sicherheitsverbundsübung soll vorhandene Lücken in der Zusammenarbeit aufzeigen. Zwei Szenarien werden sie prägen: Einerseits geht es um einen Stromausfall, der zwar bereits der Vergangenheit angehört, aufgrund dessen aber auf Monate hinaus mit etwa der Hälfte des Stroms zu planen

AB 2014 S 480 / BO 2014 E 480

ist. Zum ändern wird die Übungsanlage von einer grossen Pandemie begleitet, damit auf zwei Ebenen geübt werden kann. Unsere Kollegen der Sicherheitspolitischen Kommission sind übrigens eingeladen, die Übung zu besuchen, und Bundesrat Maurer hat anlässlich der Aussprache mit der GPK diese Einladung auf alle Mitglieder der eidgenössischen Räte ausgeweitet.

Erlauben Sie mir jetzt noch einige Ausführungen zur Strategie "Genève internationale". Die Schweiz ist wie kein anderes Land Sitz einer grossen Zahl internationaler Organisationen, und sie will diesen Standort als weltweit bedeutendes Zentrum behalten. "Genève internationale" verstärkt die Bedeutung der Schweiz insgesamt. 30 von 35 internationalen Organisationen sind in Genf vertreten; es gibt 172 ständige Vertretungen; mit 190 wäre Genf universell. Mehr als 400 NGO sind vertreten, davon 250 mit einem Beobachterstatus bei der Uno. Für "Genève internationale" wird zwischen Bund, Kanton und Stadt Genf sowie umliegenden Städten im In- und Ausland eine Strategie entwickelt, die dem Parlament unterbreitet werden soll und folgende Schwerpunkte enthält:

1. Verbesserung der Infrastruktur, Renovation des Palais des Nations und anderer wichtiger Gebäude. Bund und Kantone beteiligen sich namhaft daran.
2. Durch Zusammenarbeits-Plattformen sollen Netzwerke verstärkt werden. Als Beispiel sei die Geneva Internet Platform (GIP) erwähnt. Das ist ein wichtiger Punkt, wenn "Genève internationale" auf längere Sicht Bestand haben soll.
3. Unter dem Stichwort "Universalität" wird versucht, diejenigen Vertretungen nach Genf zu holen, die noch fehlen – ich habe es vorhin bereits erwähnt -: auch oder gerade weil sie, wie Fidschi, Papouasie oder Vanuatu, exotisch anmuten. Genf möchte auf dem gleichen Level sein wie New York.
4. Entwicklung der Partnerschaften mit dem angrenzenden Frankreich und dem Kanton Waadt, mit dem Ziel,





dass "Genève internationale" als Region verstanden wird, welche das Umland mit einschliesst.

5. Verbesserung der Kommunikationsmittel insgesamt.

6. Koordinierung der Bestrebungen der Gruppe "Genève plus", die sich Gedanken darüber macht, wie Genf in zehn und zwanzig Jahren aussehen wird. Die Weltordnung wird sich komplett ändern, allein schon der neuen Kommunikationsmittel wegen. Man muss sich Gedanken darüber machen, was das für "Genève internationale" bedeutet. Das Parlament wird sich zu gegebener Zeit damit befassen, voraussichtlich noch in dieser Legislatur, ist uns gesagt worden. Es wird darum gehen, die Frage zu beantworten, welche Massnahmen zu treffen sind, um die Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität der Stadt Genf und der Schweiz als Gastland zu stärken.

Das internationale Genf mit den vielen internationalen Organisationen ist für viele interessant. Genf ist deshalb für andere Staaten interessant, weil dort sehr viele Fäden zusammenlaufen. Dazu gehören auch weniger erfreuliche Aspekte wie etwa die Spionage im weitesten Sinn. Wieweit auch die US-amerikanische National Security Agency (NSA) über Genf aufgeklärt hat, kann man noch nicht belegen. Es ist aber davon auszugehen, dass Genf mit seinen internationalen Verflechtungen ein Ziel der NSA gewesen sein dürfte beziehungsweise noch immer ist. Man weiss, dass das Uno-Hauptquartier in New York ausspioniert wird. Die Uno hat aber ausdrücklich darauf verzichtet, dies weiter zu untersuchen, weil natürlich alle Länder Mitglied der Uno sind. Wahrscheinlich vermutet man voneinander, wer was kann, und übt sich in relativ grosser Zurückhaltung. So viel zu den internationalen Reaktionen. Dazu gehört auch der Aufschrei, wenn offensichtlich wird, dass das Natel von Frau Merkel abgehört wird.

Wirkliche Gegenmassnahmen unterbleiben. Es dürften wohl alle Länder irgendwelche Aufklärungs- und Spionagetätigkeiten betreiben. Verboten ist in der Schweiz gemäss Strafgesetzbuch Spionagetätigkeit gegen den Staat und die Landesverteidigung; ich verweise auf die Artikel 265ff. des Strafgesetzbuches. Wenn jemand Aufklärungen gegen ein anderes Land unternimmt, zum Beispiel in der Uno, ist das in der Schweiz kein Straftatbestand.

Man muss davon ausgehen, dass das stattfindet. Bei uns fehlen die Mittel, um dies lückenlos aufzuklären oder lückenlos zu überwachen. Dafür würde es sehr viel brauchen. Ich darf aber auch als Mitglied der Geschäftsprüfungsdelegation erklären, dass der Nachrichtendienst des Bundes und die Bundesanwaltschaft nicht untätig, sondern bemüht sind, konkreten Hinweisen nachzugehen.

Aber es bleibt dabei: Die amerikanischen Nachrichtendienste beschäftigen insgesamt etwa 200 000 Personen, während unsere Spionageabwehr aus weniger als 10 Leuten besteht. Dessen sollte man sich bewusst sein, bevor man Erwartungen schürt, die schwierig zu erfüllen sind, oder wenn man Kritik übt. Ich habe dies erwähnt, weil "Genève internationale" eben auch diese Kehrseite hat. Aber eigentlich wissen wir das ja schon alle seit Langem.

Niederberger Paul (CE, NW), für die Kommission: Wie von Ihnen gehört, nehme ich aus der Sicht der Geschäftsprüfungsdelegation Stellung zum Thema Spionageabwehr. Die Spionageabwehr ist eine der grundlegenden Aufgaben des Nachrichtendienstes. Gemäss Artikel 2 des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit ist der Nachrichtendienst des Bundes verpflichtet, Erkenntnisse zu allen Arten der Spionage zu gewinnen, die durch das Strafgesetzbuch verboten sind. Unter die Kategorie des verbotenen Nachrichtendienstes fällt die Wirtschaftsspionage, wenn sie zugunsten des Auslandes erfolgt, beispielsweise beim Diebstahl von Bankdaten für eine ausländische Steuerbehörde. Verboten sind aber auch die politische und militärische Spionage gegen den Schweizer Staat. Das haben Sie eben auch von Kollege Janiak gehört. Militärischer Nachrichtendienst ist ebenfalls untersagt, wenn er sich gegen fremde Staaten richtet. Die Schweiz wahrt somit ihre Verpflichtung zur Neutralität, indem sie verhindert, dass fremde Staaten auf unserem Territorium gegen die militärischen Interessen anderer Staaten spionieren.

In der Vergangenheit stellte die Geschäftsprüfungsdelegation fest, dass im Nachrichtendienst des Bundes nicht immer die notwendige Klarheit darüber herrschte, welche Aufgabe dem Nachrichtendienst beim staatlichen Schutz der Wirtschaft zufällt. Inzwischen hat aber auch das VBS klargestellt, dass es nicht Aufgabe des Nachrichtendienstes sei, im In- oder Ausland Informationen zu beschaffen, um die Geschäftsinteressen von Schweizer Firmen zu schützen. Unzweifelhaft ist der Nachrichtendienst des Bundes aber verpflichtet, die Schweizer Wirtschaft vor Spionage durch ausländische Akteure zu schützen. In den letzten Jahren besprach die Geschäftsprüfungsdelegation mit dem Nachrichtendienst des Bundes wiederholt Fragen zur Wirksamkeit der Spionageabwehr, insbesondere im Bereich der Wirtschaftsspionage. Informationen dazu erhielt die Geschäftsprüfungsdelegation auch von der Bundesanwaltschaft und der VBS-internen Aufsicht.

Die Spionageabwehr war auch ein Thema der diesjährigen Aussprache mit dem Vorsteher des VBS zum Geschäftsbericht. Nach Ansicht des Bundesrates steht für die Schweiz die Bedrohung durch die wirtschaftliche und politische Spionage im Vordergrund. Letztlich dürfte die Spionage gegen die Wirtschaft als schwerer zu



gewichten sein als die politische Spionage gegen den Staat. Die Bedrohung, die aus dem militärischen Nachrichtendienst gegen die Schweizer Armee erwachsen könnte, wird am tiefsten eingestuft.

Der Nachrichtendienst des Bundes sensibilisiert systematisch Schweizer Firmen für die Gefahren der Spionage, damit diese ihre Verwundbarkeit verringern. Die Möglichkeiten des Nachrichtendienstes sind aber nicht zuletzt wegen der Personalknappheit in der Spionageabwehr beschränkt. Auch in anderen Bereichen musste die Geschäftsprüfungsdelegation feststellen, dass der Nachrichtendienst des Bundes nicht die notwendigen Ressourcen besitzt oder einsetzt, um gesetzliche Aufträge zu erfüllen. So hatte der Nachrichtendienst des Bundes nicht genügend Personal für die Qualitätssicherung der Daten in der Datenbank Isis. Auch konnte

AB 2014 S 481 / BO 2014 E 481

der Nachrichtendienst die Informatiksicherheit nicht gewährleisten, weil bei der Schaffung des Dienstes für die Informatik zu wenig Personal eingeplant worden war. Der Bundesrat hat deshalb im Mai 2013 elf zusätzliche Stellen für die Informatiksicherheit im Nachrichtendienst genehmigt.

Bei der Behandlung des Geschäftsberichtes machte der Vorsteher des VBS geltend, dass der Nachrichtendienst aufgrund der Empfehlungen, welche die Geschäftsprüfungsdelegation in ihrem Inspektionsbericht zum Datendiebstahl im Nachrichtendienst des Bundes abgegeben hatte, unverhältnismässig viel zusätzliches Personal benötige. Er hat von total 270 Stellen gesprochen, die nötig seien, um die Datensicherheit zu gewährleisten. Zu dieser Aussage möchte die Geschäftsprüfungsdelegation betonen: Die Vorgaben für die Informatiksicherheit und das Risikomanagement wurden vom Bundesrat und vom VBS erlassen. Die Geschäftsprüfungsdelegation hat einzig überprüft, ob sie eingehalten wurden. Es ist der Oberaufsicht ein Anliegen, dass die Ressourcen des Nachrichtendienstes des Bundes im Gleichgewicht mit seinen gesetzlichen Aufgaben stehen. Nur dann können diese auch konkret erfüllt und korrekt umgesetzt werden. Von diesem Grundsatz hat sich die Geschäftsprüfungsdelegation auch in ihrer Stellungnahme zum neuen Nachrichtendienstgesetz leiten lassen.

Stadler Markus (GL, UR), für die Kommission: Ich spreche zum EFD und zum WBF. In der betreffenden Subkommission und anschliessend in der GPK haben wir uns mit den Jahresberichten, der Handhabung der Gesetzgebung bzw. den Berichten zur Erreichung der strategischen Ziele folgender Bereiche befasst: Finma, Nationalbank, ETH, Schweizerische Exportrisikoversicherung. Weiter haben wir uns mit der Umsetzung des Bundespersonalgesetzes und des Kriegsmaterialgesetzes befasst. Nicht befasst haben wir uns mit den Themen, zu denen zurzeit besondere Untersuchungen der GPK laufen, wie zum Beispiel zum IT- oder zum Beschaffungswesen. Wo ich nichts erwähne, haben wir 2013 keine nennenswerten Probleme festgestellt, aus denen ein unmittelbarer Handlungsbedarf des Parlamentes abzuleiten wäre. Kollege Eder wird in der Folge noch auf einen besonderen Punkt zu sprechen kommen.

Ich greife fünf Bereiche heraus:

1. Beim Nationalbankbericht 2013 beschränke ich mich auf den Hinweis zu den Goldbeständen. Diese mussten wegen der internationalen Marktsituation um 15,2 Milliarden Franken bzw. um 30 Prozent abgewertet werden. Diese riesigen Buchverluste müssten eigentlich bei den Befürwortern der Gold-Initiative Sirenenalarm auslösen, wenn man die von den Initianten für diesen Fall vorgesehenen Konsequenzen bedenkt.
2. Die ETH-Verantwortlichen brachten in der GPK ihre Sorgen über den Volksentscheid vom 9. Februar 2014 zum Ausdruck. Der ETH-Bereich ist nun, wie das gesamte Hochschulsystem, mit seinen Projekten, Forschern und Studierenden in einer gewissen Unsicherheit.
3. Bezüglich der Umsetzung des Bundespersonalgesetzes sind die Vorgaben im Wesentlichen eingehalten. Wie Sie wissen, führt die GPK zurzeit eine Untersuchung zur Kategorie der externen Mitarbeiter durch. Darüber ist erst in einigen Monaten zu berichten.
4. Zur Kriegsmaterialausfuhr: Was die volkswirtschaftliche Relevanz betrifft, so ist zu sagen, dass es beim Kriegsmaterialexport im Jahre 2013 um 0,22 Prozent der gesamten Exporte der Schweiz geht. Auch mit dem in den letzten Jahren erreichten Maximum bleibt der Anteil sehr klein. Zur Handhabung der Kriegsmaterialexport-Bewilligungen möchte ich zwei Feststellungen machen: Erstens ist eine Bewilligung bzw. Ablehnung einer Bewilligung durch die Verwaltung seriös, auch die an die GPK abgegebenen Unterlagen und Informationen waren transparent. Zweitens gibt es einen Kontrast zwischen der differenzierten Abklärung und Entscheidung im Einzelfall – die zum Beispiel dazu führte, dass eine Waffenlieferung via USA an Saudi-Arabien abgelehnt wurde – und einer weit weniger differenzierten Praxis. Bei dieser Praxis unterliegen Exporte an Waffenhändler oder Exporte an Unternehmungen, die nicht vom betreffenden Staat, zum Beispiel den USA, beherrscht sind, bei einem Reexport in andere Länder ausschliesslich den Regelungen dieses Landes, zum Beispiel jenen der USA. Eine Kontrolle von der Schweiz aus ist nicht möglich.

Zur künftigen Handhabung der Kriegsmaterialexporte, bei welcher – im Interesse der Exportsteigerung – der



Stellenwert der Beachtung der Menschenrechte reduziert werden soll, konnten noch keine Angaben gemacht werden.

5. Zur Finma: Die Präsidentin des Finma-Verwaltungsrates, Frau Héritier Lachat, sagte der GPK, dass für den Verwaltungsrat Herr Mark Branson der richtige Nachfolger von Herrn Patrick Raafaub als Direktor der Finma sei, und zwar nicht nur wegen seiner persönlichen und fachlichen Qualitäten, sondern auch, weil durch diese Wahl die Stabilität, Kontinuität, Effizienz und Autorität der Finma gestützt würden.

Die Finma-Vertreter äusserten sich unter anderem zu zwei Punkten: erstens zur Personalsituation, zweitens zur Lagebeurteilung des Finanzplatzes.

Zur Personalsituation: Im letzten Jahr hatte die Finma 468 Vollzeitstellen. Gegenüber früher nimmt die Finma nun wesentlich mehr Kontrollen vor Ort vor. Auch die internationalen Verpflichtungen haben deutlich zugenommen. Die Schweiz ist immerhin der fünftgrösste Finanzplatz der Welt. Die ausländischen Finanzmarktaufsichtsbehörden, z. B. jene von England oder Deutschland, verfügen über weit mehr Personal. Trotzdem meint die Finma, dass sie zurzeit über genügend Personal verfüge. Dazu trage auch bei, dass die Finma externe Audit-Gesellschaften beauftrage, die einen Personalaufwand von rund 230 Stellen pro Jahr leisten. Aus aktuellem Anlass wissen wir allerdings, dass die Anstellung externer Beauftragter auch zu Abhängigkeiten bzw. kritischen Fragen führen kann.

Zur Lagebeurteilung des Finanzplatzes: Die global tätigen Investmentbanken sind daran, ihre Strategie zu überarbeiten und neue Strategien umzusetzen. Das neue globale Umfeld benötigt mehr Eigenkapital und ist noch kompetitiver geworden. Die Vermögensverwaltungsbanken sind stark gefordert angesichts der veränderten Marktbedingungen und der grossen Rechtsrisiken im grenzüberschreitenden Geschäft. Die Retailbanken ihrerseits müssen mit den wachsenden Immobilienrisiken, dem Niedrigzinsumfeld und den tieferen Margen zu recht kommen. Die Finanzbranche steht unter Druck, ist in einem Transformationsprozess, und das bekommt auch die Finma zu spüren. Die Versicherungsbranche scheint demgegenüber eher stabil. Allerdings sind gerade für die Lebensversicherer die tiefen Zinsen ein Problem. In solch herausfordernden Zeiten spielen Aufsicht und Regulierung eine zentrale Rolle. Die Finma versteht sich primär als Aufsichtsbehörde und erst zweitrangig als Regulator. Sie nimmt sich viel Zeit für den Dialog mit der Branche.

In der anschliessenden Diskussion wurden etliche Themen besprochen. Ich greife zwei heraus:

Erstens, zum Thema "Too big to fail": Die Finma begrüsst, dass die angesprochenen Unternehmungen in eine Richtung gehen, wonach der Notfallplan für die systemrelevanten Funktionen auf einer ex ante separierten Einheit basiert, nicht auf einem Aufteilen erst im Konfliktfall; Sie erinnern sich an die Diskussion hier im Rat bei diesem Gesetz. Allerdings sind diese Unternehmungen im Moment noch nicht dort, wo sie hinwollen.

Zweitens, zur Bussenkompetenz und zu den Sanktionsmöglichkeiten der Finma: Die Finma selber strebt keine Bussenkompetenz an, wenigstens heute nicht. Sollte sich bei den anderen Finanzmarktaufsichtsbehörden der Trend zur Bussenkompetenz verstärken und dadurch der Finma der internationale Respekt fehlen, wäre die Situation neu zu überdenken. Auch für die Finma sind jedoch die wiederkehrenden negativen Verhaltensmuster gerade der Effektenmärkte zutiefst enttäuschend.

Die Finma geht davon aus, dass Verbesserungen über eine Veränderung der Marktstruktur zu erzielen sind. Die Entwicklung wird eher weg vom sehr offenen, selbstregulierten oder gar unregulierten Zustand und hin in Richtung der Aktienmärkte gehen müssen, die alles viel mehr regeln. Die

AB 2014 S 482 / BO 2014 E 482

Entwicklung wird gemäss Finma in eine Richtung gehen, mit der nicht Banken, sondern Individuen diszipliniert und die Marktstrukturen verändert werden. Bei den Individuen sind nicht zuletzt die Händler angesprochen, da die finanziellen Anreize dort sehr hoch sind. Allerdings bleibt für uns – auch aus aktuellem Anlass – die Frage offen, inwiefern politisch relevante fehlerhafte Verhaltensweisen einzelner Bankmitglieder nur Individualfehler sind oder auch obrigkeitlichen Vorgaben, einer Hauskultur oder finanziellen Anreizen entspringen, also eher systembedingt sind.

In diesem weiteren Zusammenhang zum Schluss eine Aussage von Herrn Branson, die an uns hier im Saal gerichtet ist: "Es fehlt momentan die Grundlage, um einer Schweizer Bank die Annahme von un versteuertem Geld zu verbieten. Dies ist ganz klar noch legal." Ende der Berichterstattung.

Hêche Claude (S, JU), pour la commission: Mon rapport concerne essentiellement la lutte contre la pauvreté et la réalisation des objectifs stratégiques assignés aux CFF.

Je commencerai par la question de la lutte contre la pauvreté. Pour rappel, en date du 15 mai 2013, le Conseil fédéral a approuvé le Programme national de prévention et de lutte contre la pauvreté 2014–2018. Depuis le début de cette année, le DFI met en oeuvre le programme en collaboration avec les cantons, les communes,



des partenaires sociaux et des organisations non gouvernementales. Le programme, dont le budget s'élève au total à neuf millions de francs, s'articule autour de trois axes prioritaires: l'élaboration de bases et de bonnes pratiques sur les approches et les stratégies existantes; l'expérimentation de nouvelles approches ayant valeur d'exemple; la mise en réseau et l'information des acteurs.

Lors de nos séances des 12 et 13 mai derniers, Monsieur le conseiller fédéral Alain Berset nous a indiqué qu'après avoir approuvé le programme, le Conseil fédéral a eu besoin d'un peu de temps pour mettre en place les moyens nécessaires et engager les personnes devant se charger de sa mise en oeuvre. Aujourd'hui, le Programme national de prévention et de lutte contre la pauvreté a véritablement démarré et se concrétise selon le calendrier prévu, soit à un rythme soutenu.

Plus particulièrement, les principaux champs d'action ont été élaborés. La Confédération va mettre la priorité sur le développement des chances de formation des personnes touchées ou menacées par la pauvreté. Les autres piliers fondamentaux du programme sont l'insertion sociale et professionnelle des personnes dont les chances de trouver un emploi sont faibles, le marché du logement pour les personnes touchées par la pauvreté, le soutien aux familles et la mise à disposition d'informations sur les prestations d'assistance.

Par ailleurs, avec le Programme national de prévention et de lutte contre la pauvreté, le Conseil fédéral entend aussi renforcer l'efficacité des mesures dans ce domaine et, surtout, faire en sorte qu'elles soient mieux coordonnées.

Dans ce but, la Confédération collabore étroitement avec les cantons, les villes et les communes, principaux responsables de la lutte contre la pauvreté.

Pour la suite, on peut relever qu'un projet de monitoring des mesures de prévention et de lutte contre la pauvreté va être élaboré sous la responsabilité de l'Office fédéral des assurances sociales. Au final, de l'avis même de Monsieur le conseiller fédéral Berset, il s'agira de disposer non seulement d'un rapport et de conclusions, mais également de recommandations permettant de mener une véritable réflexion sur les bonnes pratiques. Le constat de l'efficacité de telle mesure dans telle ville ou tel canton doit pouvoir profiter à une autre ville ou à un autre canton dans sa lutte contre la pauvreté.

A ce titre, il est attendu du Conseil fédéral qu'il assure une fonction de coordination dans le suivi de cette problématique, dans l'échange d'informations entre tous les acteurs concernés et dans la formulation de propositions éventuelles. Si l'on souhaite renforcer notre lutte contre la pauvreté, il est aujourd'hui devenu impératif de garantir que les outils utilisés par la Confédération, les cantons et les communes soient compatibles les uns avec les autres.

J'aborde à présent le rapport sur l'activité 2013 des CFF. Durant l'année à l'étude, les CFF n'ont que partiellement réalisé les objectifs stratégiques assignés par le Conseil fédéral: sur une trentaine d'objectifs, près d'un tiers n'ont pas été pleinement atteints.

Au chapitre des satisfactions, on peut toutefois citer ceci:

1. Le bilan des prestations dans le secteur immobilier est bon, notamment du fait que les CFF ont continué de développer, en coopération avec les autorités locales et cantonales, les gares et leurs environs, afin de pouvoir satisfaire aux exigences des clients et des voyageurs.
2. Le trafic voyageurs a enregistré une augmentation de 1,3 pour cent, contredisant les signes de stagnation du marché constatés en 2012. Le trafic grandes lignes a, lui, crû de 1,4 pour cent et le trafic régional de 1 pour cent.
3. Dans le trafic marchandises, à la suite de la réorientation stratégique et des importantes mesures d'assainissement, CFF Cargo a réalisé pour la première fois depuis plus de quarante ans un bénéfice de 15 millions de francs.

Pour mémoire, l'exercice de l'année dernière prévoyait un déficit de 51 millions de francs. Par ailleurs, des mesures supplémentaires sont prévues par l'entreprise afin de garantir durablement ces bons résultats. Si le résultat du trafic marchandises est une bonne nouvelle, plusieurs nuages noirs continuent de ternir ou sont venus ternir l'horizon des CFF.

Dans le domaine des infrastructures, l'exploitation et le maintien de l'infrastructure, fortement sollicitée, ont requis des travaux d'entretien supplémentaires et nettement plus de ressources, ce qui a conduit au résultat négatif du secteur infrastructures et réseaux, d'environ 129 millions de francs.

Même si elles se maintiennent à un bon niveau, la ponctualité des trains et la satisfaction des clients ont reculé et restent en dessous des niveaux des autres entreprises fédérales. De même, l'amélioration de la satisfaction du personnel observée en 2012 ne s'est pas confirmée. Déjà basse, la satisfaction des collaboratrices et collaborateurs a encore diminué, de 62 à 61 points l'année dernière. Autant de signaux qui montrent que l'image de l'employeur CFF ne s'améliore malheureusement pas. Cela interpelle, considérant l'importance du personnel dans un domaine qui allie notamment la sécurité, la ponctualité et la qualité des prestations.



Les chiffres financiers confirment également la santé fragile de l'entreprise. Le bénéfice du groupe de 238 millions de francs est en baisse. L'année précédente, il était de 423 millions de francs. Les investissements n'ont pas été financés par des fonds propres, et l'endettement net a encore augmenté pour s'établir à environ 7,5 milliards de francs.

Enfin, l'année 2013 a été marquée par une série d'accidents, sans toutefois qu'ils présentent de causes communes. Les CFF y ont réagi en prenant plusieurs mesures, par exemple l'équipement accéléré de 1700 signaux avec installations de surveillance de la vitesse et dispositifs antidépart, le principe des quatre yeux dans certaines gares. Deux études externes ont été commandées et ont conclu à une forte culture de sécurité aux CFF et à la pertinence des mesures engagées. Les représentants du personnel, par leurs propositions, ont également contribué au renforcement de la sécurité.

Par ailleurs, les discussions avec Madame Doris Leuthard, conseillère fédérale, ont permis d'apporter quelques clarifications sur l'avenir de l'entreprise et les défis qui l'attendent. Premièrement, ces discussions ont apporté des précisions sur la satisfaction des clients et sur l'image du groupe. L'évolution actuelle est due à quelques événements négatifs: une diminution du respect de la ponctualité, la complexité liée à l'acquisition ou à la possession d'un billet, l'information lacunaire des clients. L'introduction de règles prévoyant par exemple plus de souplesse dans l'application de l'obligation de posséder un billet a procuré une amélioration vers la fin de l'année.

AB 2014 S 483 / BO 2014 E 483

Deuxièmement, ces discussions ont apporté des précisions importantes sur la collaboration entre la Confédération et les CFF, notamment quant au pilotage du projet de financement et d'aménagement de l'infrastructure ferroviaire (FAIF) et plus particulièrement quant au rôle et aux responsabilités respectives des acteurs concernés. Afin que ce projet se réalise dans les meilleures conditions, il doit être piloté par le DETEC et l'Office fédéral des transports, les CFF devant se concentrer sur les études, l'organisation et l'exécution des travaux. Pour terminer, je relèverais qu'au vu de l'engouement exprimé le 9 février 2014 par la population, naturellement sur le projet FAIF, et des moyens importants mis à disposition, il sera vital de suivre l'évolution de la situation au sein des CFF en 2014.

Imoberdorf René (CE, VS), für die Kommission: Von den Themen, über die bei der Aussprache mit der Vorsteherin des EJPD informiert und diskutiert wurde, möchte ich den Stand der Neustrukturierung des Asylverfahrens und die neue Behandlungsstrategie im Asylbereich behandeln und näher darauf eingehen.

Von Juni bis Oktober 2013 machte der Bundesrat eine Vernehmlassung zur Revision des Asylgesetzes im Zusammenhang mit der Neustrukturierung des Asylbereichs. Die Vorsteherin des EJPD informierte über die ersten Trends aus der Auswertung der Vernehmlassung. Die geplante Schaffung von Bundeszentren, in denen die Asylverfahren in Zukunft rasch und fair durchgeführt werden sollen, wurde von einer deutlichen Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmer unterstützt. Damit ist die Stossrichtung der Neustrukturierung bestätigt worden. Einige Vernehmlassungsteilnehmer finden, dass der unentgeltliche Rechtsschutz für einen Teil der Asylsuchenden viel zu weit gehe, andere sind der Meinung, man müsste dort noch deutlich stärker ausbauen. Der Bundesrat ist nun daran, eine Botschaft auszuarbeiten, die in der zweiten Hälfte dieses Jahres verabschiedet und dem Parlament überwiesen werden soll.

An der zweiten nationalen Asylkonferenz mit Bund, Kantonen, Gemeinden und Städten wurden die Rahmenbedingungen für diese Neustrukturierung festgelegt. Die Asylunterkünfte werden in Zukunft auf sechs Regionen verteilt. Kantone und Gemeinden, welche zusätzliche Aufgaben übernehmen, werden dafür abgegolten. An der Asylkonferenz wurde auch entschieden, dass notwendige Gesetzesanpassungen für die Neustrukturierung des Asylbereichs so rasch wie möglich erfolgen sollen.

Künftig sollen sechs Bundeszentren mit insgesamt 5000 Plätzen gebildet werden. Die Verteilung der Plätze erfolgt entsprechend der Bevölkerungsgrösse. Geplant ist, dass die Standorte der Bundeszentren bis Ende Jahr bezeichnet sind. Das Bundesamt für Migration wird unter Mitwirkung der Kantone zuhause der Arbeitsgruppe Neustrukturierung die Standortkonzepte für die Regionen ausarbeiten. Zurzeit werden Unterkünfte gesucht. In einem weiteren Schritt sollen mit den Kantonen, in denen ein Bundeszentrum realisiert werden soll, Gespräche über das konkrete Vorgehen geführt werden. Für den Bundesrat ist es ein grosses Anliegen, dass die Städte und Gemeinden frühzeitig in diese Arbeiten einbezogen werden.

Wie geplant konnte Anfang Jahr der Testbetrieb gestartet werden. Das Verfahren im Testbetrieb ist in drei Phasen unterteilt. Neu ist, dass die Asylsuchenden während des Asylverfahrens eine unentgeltliche Rechtsvertretung bekommen. Dieses Mandat wird durch eine Bietergemeinschaft unter der Leitung der Schweizerischen Flüchtlingshilfe ausgeführt. Gleichzeitig mit dem Verfahren wurde die Unterkunft im Zentrum Juch mit 300 Plät-



zen in Betrieb genommen. Das Testzentrum wird von der Asylorganisation Zürich geführt. Den Gesuchstellern steht ein Beschäftigungsprogramm zur Verfügung, das sehr rege genutzt wird. Gemäss Aussage der Vorsteherin des EJPD ist der Testbetrieb erfolgreich gestartet. Um qualifizierte Aussagen über den Testbetrieb zu machen, sei es aber noch zu früh.

Zur neuen Behandlungsstrategie des Bundesamtes für Migration im Asylbereich: Um die Zahl der offensichtlich unbegründeten Asylgesuche senken zu können, hat das Bundesamt für Migration 2012 eine neue Behandlungsstrategie im Asylbereich in Kraft gesetzt. Die beiden beschleunigten Verfahren, die eingeführt wurden, haben bereits 2013 deutliche Wirkung gezeigt. Die Anzahl der unbegründeten Asylgesuche aus den meisten betroffenen Ländern ist deutlich zurückgegangen. Damit werden offenbar die richtigen Signale ausgesendet. Es lohnt sich nicht, ohne richtigen Asylgrund in die Schweiz zu kommen, weil man dann schnell zurückkehren muss.

Gemäss Aussage der Vorsteherin des EJPD hat das beschleunigte Verfahren insbesondere dann Erfolg, wenn die Schweiz mit den betreffenden Ländern dank Migrationspartnerschaften eine sehr gute Zusammenarbeit hat. Von diesen Ländern bekomme die Schweiz sehr schnell Antworten auf Anfragen zur Identität der Personen und der Vollzug klappe ebenfalls hervorragend. Dies seien zwei zentrale Voraussetzungen, damit das beschleunigte Verfahren Erfolg habe. Durch die starke Abnahme von offensichtlich unbegründeten Asylgesuchen gibt es jetzt vermehrt Kapazitäten für die Behandlung von pendenten Gesuchen. Es handelt sich dabei grösstenteils um Personen, die schon seit längerer Zeit in der Schweiz leben.

Zur Bundeskanzlei: Bei der Aussprache mit der Bundeskanzlerin wurde im Wesentlichen über folgende Themen informiert und diskutiert: laufende Gesetzgebung, elektronische Geschäftsverwaltung beim Bund, Krisenkommunikation, Ausschreibung und Vertrag zu den Vox-Analysen, Aufwand der Bundeskanzlei durch die OSZE-Präsidentschaft und Vote électronique.

Ich möchte kurz auf die laufende Gesetzgebung eingehen: Letztes Jahr hat der Bundesrat das Bundesgesetz über die politischen Rechte zuhanden des Parlamentes verabschiedet. Mit der Vorlage, die wir heute als Zweitrat behandeln haben, soll unter anderem angesichts der unaufhaltsam wachsenden Anzahl Listen und Kandidaten bei den Nationalratswahlen die Funktionstüchtigkeit des Wahlverfahrens sichergestellt werden. Ausserdem sollte, entgegen dem bundesgerichtlichen Urteil, die Nachzählung der Ergebnisse von eidgenössischen Volksabstimmungen entsprechend dem Willen des historischen Gesetzgebers auf den Fall glaubhaft gemachter Unregelmässigkeiten beschränkt werden. Die Bundeskanzlei wird im Herbst im Hinblick auf die Nationalratswahlen 2015 für den Bundesrat ein Kreisschreiben vorbereiten.

In diesem Gesetz sind einige Änderungen vorgesehen, die vor allem den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, aber auch den Parteien Vorteile bringen. Vor allem wird der Wahlmeldeschluss nach vorne verlegt, sodass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das Wahlmaterial früher erhalten werden. Das sei wichtig, betonte die Bundeskanzlerin, denn diesbezüglich habe es im Anschluss an die Wahlen 2011 verschiedene Reklamationen gegeben.

Derzeit läuft auch eine Teilrevision des Publikationsgesetzes. Diese Teilrevision sieht den Wechsel des Primats bezüglich der Amtlichen Sammlung, des Bundesblattes und der Systematischen Rechtssammlung vor: Es soll für die Amtliche Sammlung, das Bundesblatt und die Systematische Rechtssammlung nicht mehr die Papierfassung ausschlaggebend und rechtswirksam sein, sondern die elektronische Fassung. Einige Kantone und viele Stellen im Ausland haben diesen Primatwechsel bereits vollzogen, und immer mehr Leute konsultieren die elektronisch aufgeschalteten Versionen. Darum sei es wichtig, so die Bundeskanzlerin, dass die Revision dieses Gesetzes möglichst früh in Kraft gesetzt werden könne.

Eder Joachim (RL, ZG): Ich äussere mich kurz zum Thema revidiertes Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Es betrifft das Staatssekretariat für Wirtschaft im WBF. Das von mir erwähnte Bundesgesetz hat dem Bund neue Interventionsmöglichkeiten verschafft, um gegen unlautere Geschäftspraktiken vorzugehen. Das Seco, dem die

AB 2014 S 484 / BO 2014 E 484

Ausübung der Klagerechte übertragen ist, hat nach dem 1. April 2012 gemäss einer statistischen Tabelle im ersten Jahr 4883 Beschwerden gegen unlautere Geschäftspraktiken erhalten. Die meisten stammen von Konsumentinnen und Konsumenten, knapp 600 von Unternehmen. 60 Prozent aller Beanstandungen betreffen unerbetene Werbeanrufe; es sind 2920, um genau zu sein.

Zahlreiche unlautere Geschäftspraktiken, insbesondere der im Zusammenhang mit der Krankenversicherung immer wieder auftretende und lästige Telefonterror – wenn Sie mir dieses Wort gestatten –, werden vom Ausland her gesteuert. Mir ist bewusst, dass dies nicht nur das Seco, sondern auch die kantonalen Straf-



verfolgungsbehörden mit schwierigen Vollzugsfragen konfrontiert. Gemäss Eintrag auf der Webseite hat das Seco bis dato 24 Gerichtsverfahren wegen Nichtbeachtung des Sterneintrages im Telefonbuch initiiert, Stand 16. Mai 2014. In 11 Fällen kam es bisher zu einem Urteil oder zu einer Entscheidung. Mir persönlich scheint dies eine tiefe Erfolgsquote, wenn ich im Gegenzug die 2920 Beschwerden und vor allem die aggressiven Marketingmethoden gewisser Anbieter oder Callcenter betrachte.

Damit das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb wirklich eine abschreckende Wirkung entfaltet, braucht es meiner Ansicht nach noch konsequenteres Handeln. Ich könnte Ihnen reihenweise aus Zuschriften – Sie könnten das sicher selber auch tun – von verärgerten Einwohnerinnen und Einwohnern zitieren. Ich beschränke mich auf einen ganz kurzen Ausschnitt aus einer gestern eingetroffenen Mail: "Es kann doch nicht sein, dass ich wöchentlich mehrere solche illegalen Anrufe melde und nichts passiert! Offensichtlich tanzen die Callcenter unter anderem dem Gesetzgeber auf der Nase herum. Die Mitteilungen des Seco sind immer korrekt, aber sie zeigen, dass die heutigen Bestimmungen – mindestens zwanzig Beschwerden von derselben Nummer – zu einem grossen Leerlauf in der Verwaltung führen. Das Gesetz hat schlicht keine Zähne." So weit diese Zuschrift.

Nun meine abschliessende Frage an den Herrn Bundespräsidenten: Ist der Bundesrat bereit, in diesem Bereich noch mehr Anstrengungen zu unternehmen und die gesetzlich vorgesehenen Interventionsmöglichkeiten zu verstärken – im Interesse eines fairen Wettbewerbs, aber auch im Interesse der vielen Konsumentinnen und Konsumenten, die im Telefonbuch einen Sterneintrag veranlasst haben, um eben gerade nicht belästigt zu werden?

Burkhalter Didier, président de la Confédération: Vous me faites l'honneur de survivre à ce débat et de rester dans la salle. J'aimerais vous remercier, de manière générale, pour cet examen de la gestion du Conseil fédéral et remercier en particulier la Commission de gestion pour son travail, et tout spécialement son président, Monsieur le conseiller aux Etats Hans Hess, d'avoir passé au crible la gestion du Conseil fédéral durant l'année dernière et aussi de nos échanges constructifs. On a parlé des échanges avec les conseillers fédéraux, mais les discussions se font aussi avec des membres de l'administration fédérale et pour cela aussi j'aimerais vous exprimer la gratitude de l'exécutif.

Le rapport de gestion et le débat autour de ce rapport permettent de dresser un bilan. C'est une bonne occasion pour mesurer les activités à l'aune des objectifs, mais c'est une photo. C'est une photo de 2013 et les photos, aussi belles et aussi impressionnantes soient-elles, prennent vite de l'âge. Si l'on regarde l'évolution de la situation financière ou géostratégique internationale, de la sécurité entre l'Est et l'Ouest, et des relations entre la Suisse et l'Union européenne, on voit que la photo 2013 a pris de l'âge très rapidement. Néanmoins, si l'on fait le bilan "à la suisse", en prenant tous les objectifs fixés et après examen de la quantité d'éléments permettant de dire qu'on les a atteints, on peut dire que la plupart des objectifs ont été largement ou complètement atteints. Le bilan est positif. Or, c'est surtout un encouragement à poursuivre et à intensifier le travail de cette législature. J'y reviendrai, car je crois qu'il faut toujours intégrer l'examen de gestion dans la volonté de faire bouger les choses positivement sur une plus longue période, sur une législature en particulier.

Au fond, il faut à la fois tenir les lignes qui ont été définies pour le programme de législature, et savoir évoluer en fonction des changements de l'environnement, des réalités.

Je n'entre pas dans le détail des différentes interventions, tout cela ayant déjà été traité précisément dans le cadre de la Commission de gestion. Vos interventions étaient d'ailleurs impressionnantes de précision et de détail. Pour ma part, j'aimerais vous proposer plutôt de voir la "big picture" – pour parler français ou en l'occurrence anglais – et de revenir à l'essentiel, c'est-à-dire précisément le programme de législature, qui est au fond notre cadre pour agir dans l'intérêt du pays et de ses citoyens, notre cadre aussi pour sauvegarder la cohésion du pays.

Pour le programme de législature 2012, six lignes directrices avaient été définies. Le Parlement en avait rajouté une septième qui était la garantie de l'égalité de droit entre hommes et femmes. En 2013, des efforts à ce sujet ont été faits, dans l'administration fédérale avant tout. Des efforts ont d'ailleurs aussi été faits dans le domaine important qu'est la représentation des communautés linguistiques au sein de l'administration fédérale. Pour ma part, j'aimerais surtout souligner les axes des six lignes directrices qui avaient été proposées par le Conseil fédéral et faire apparaître les priorités politiques.

La première ligne directrice prévoit une place économique suisse attrayante. Elle vise une place concurrentielle, qui se signale par un budget fédéral sain, par des institutions étatiques efficaces. On pourrait en parler pendant des heures. J'aimerais relever ici avant tout deux dossiers concrets importants: l'avenir de la place financière et les matières premières.

En ce qui concerne l'avenir de la place financière, Monsieur Stadler a décrit précisément le panorama en la



matière. J'aimerais simplement rappeler qu'en 2013, le Conseil fédéral a été clairement disposé à coopérer, dans le cadre de l'OCDE, à l'élaboration d'une norme internationale relative à l'échange automatique d'informations afin de faire en sorte que les clients étrangers de gérants de fortune respectent leurs obligations fiscales.

Le Conseil fédéral a aussi pris acte du premier rapport d'experts sur la stratégie en matière de marchés financiers. Il a adopté le message relatif aux recommandations révisées du GAFI. Il a lancé une consultation sur la loi et l'infrastructure des marchés financiers et a préparé la consultation sur la loi sur les services financiers. Le Conseil fédéral a aussi adopté le message sur l'accord FATCA et, en 2013, après les débats mémorables au Parlement sur le sujet, il a pris les décisions relatives à la déclaration commune devant permettre de régler dans le cadre du droit existant le fameux différend fiscal avec les Etats-Unis sur la régularisation du passé des banques suisses.

Le Conseil fédéral a également pris acte du rapport de base sur les matières premières. C'est un état des lieux sur l'importance de ce secteur en Suisse et sur l'importance des défis liés à ce secteur, des chances et des risques liés à notre réputation. Des recommandations ont été faites, qui permettront de développer l'environnement économique et réglementaire, ainsi que l'intensification du dialogue entre les secteurs public et privé.

Pendant cette même année 2013, la Suisse a aussi pu présider l'Initiative des Principes volontaires en matière de droits de l'homme dans le secteur de l'extraction, qui aura pour but précisément de renforcer la confiance et le dialogue entre les partenaires dans le cadre d'un partenariat public-privé. Voilà pour la première ligne qui est évidemment fondamentale pour la place économique de la Suisse.

La deuxième ligne consiste à positionner notre pays, durant toute cette législature, sur les plans régional et mondial de manière à renforcer son influence dans le contexte international. Comme on vient de le voir, il y a eu une action partielle sur la politique économique extérieure à quoi s'ajoute la consolidation des relations internationales. A ce propos, j'évoque deux dossiers en particulier: la politique de stabilité

AB 2014 S 485 / BO 2014 E 485

et de développement dans le monde avec l'activité de la Suisse sur le plan international par le biais de la Genève internationale, qui a été évoquée par Monsieur Janiak, j'y reviendrai, et la politique de stabilité et de développement de la sécurité en Europe.

Concernant la stabilité et le développement dans le monde, 2013 marque le début de la mise en oeuvre de la nouvelle stratégie de coopération internationale 2013–2016. En particulier, on renforce l'engagement dans ce qu'on appelle les contextes fragiles, où règne la violence, où l'Etat de droit est souvent complètement gommé, pour être clair, et qui sont d'ailleurs des situations assez révélatrices de ce que l'on rencontre dans le monde contemporain, de plus en plus. On se concentre sur les populations démunies les plus touchées et puis on remplit, en quelque sorte, le mandat constitutionnel avec des contributions de paix liées à l'Etat de droit.

Il y a d'autres dossiers qui vont dans le même sens et qui ont été décidés l'année passée, que ce soit autour du Fonds fiduciaire du FMI pour la réduction de la pauvreté et pour la croissance ou alors pour la nouvelle stratégie de la Banque mondiale, qui doit éradiquer la pauvreté extrême d'ici 2030.

J'aimerais ajouter un développement réel concernant "la Suisse internationale par Genève", et qui continue cette année, avec une nouvelle stratégie définie en 2013 avec le canton et la ville de Genève, dont de grands rendez-vous sur les problèmes les plus importants et les plus actuels pour le monde, en particulier liés au nucléaire iranien, à la Syrie, à l'Ukraine, tout cela dans le cadre, souvent, de la capacité d'accueil et de débat de notre pays et de sa Genève internationale. Le message dont Monsieur Janiak a parlé va arriver, en principe, déjà à la fin de cette année, pour l'examen parlementaire.

Monsieur Janiak et Monsieur Niederberger, vous avez aussi abordé toutes les questions relevant de l'espionnage. Je ne vais pas les reprendre dans le sens où vous les avez évoquées. J'aimerais prendre un autre aspect pour vous dire que la Genève internationale constitue aussi un des éléments pour réagir au niveau de la discussion et des normes internationales en la matière. En effet, il y a toute la discussion sur la question de la révision des dispositions internationales relatives à la protection de la sphère privée, qui a commencé maintenant, avec des initiatives d'ailleurs en partie lancées ou soutenues par la Suisse.

C'est quelque chose qui se discute bien sûr au sein de l'ONU à New York, mais aussi dans le cadre du Conseil des droits de l'homme, où tout un processus a été engagé à ce sujet. Une discussion sur la manière dont on conçoit la protection de la sphère privée à l'ère "post-Internet", ou en tout cas du "plein Internet", est absolument nécessaire, dans la mesure où tout ce qui a été évoqué à l'époque l'a été avant la véritable révolution des nouvelles technologies de communication. Donc la Genève internationale est certes un endroit où il y a parfois de l'espionnage – c'est clair, on en est bien conscient et on prend toutes les mesures possibles



–, mais c'est aussi un endroit où l'on essaie de définir les règles communes à notre société moderne sans chercher à dire qu'il n'y a qu'un Etat qui serait le mauvais élève en la matière. Il faut voir les choses d'une manière beaucoup plus large.

Concernant la sécurité et la stabilité en Europe, il y a d'abord la volonté du Conseil fédéral de garantir les bases de la prospérité; c'est un élément très important, lié au développement de nos relations avec l'Union européenne, qu'il est nécessaire de maintenir et de développer par la voie bilatérale. Il est nécessaire de trouver un équilibre entre les deux intérêts, aussi importants l'un que l'autre, à savoir l'indépendance et la prospérité. En 2013, le Conseil fédéral a adopté une stratégie d'ensemble; il a préparé, consulté et approuvé le mandat sur les questions institutionnelles; il a avancé dans les négociations en matière fiscale et sur l'électricité; depuis le début de l'année 2014, il a élargi encore la réflexion avec les éléments relatifs à la migration et à l'avenir de l'accord sur la libre circulation des personnes.

Sur le thème de la sécurité en Europe, il y a évidemment le dossier clé de l'OSCE, qui est en lien avec la ligne directrice 3 du programme de législation, à savoir "La sécurité de la Suisse est assurée". L'action de la Suisse au sein de l'OSCE contribue à assurer notre propre sécurité. L'an passé, nous avons beaucoup travaillé à la préparation de la présidence de l'OSCE, qui aurait pour leitmotiv "Construire une communauté de sécurité au service des individus". Tout a ensuite été chambardé par la crise ukrainienne, qui nous occupe beaucoup.

Malgré tout, cela ne nous empêche pas de remplir toutes les autres priorités de la présidence suisse, que ce soit dans le Caucase, aux Balkans, relatives aux catastrophes naturelles, aux problématiques du contre-terrorisme, à la protection des droits de l'homme – sur laquelle se tient aujourd'hui même une conférence internationale à Genève –, à l'intégration de la société civile et des jeunes et au renforcement de la capacité d'action et de médiation de cette organisation qui nous est très chère puisqu'elle correspond à notre conception de la sécurité et qu'elle permet aussi de renforcer notre neutralité. Ce dernier week-end a d'ailleurs été révélateur de l'action que l'on peut exercer, de la capacité à faire des propositions et de les concrétiser rapidement sur le terrain avec l'envoi d'une nouvelle envoyée spéciale de la présidence suisse de l'OSCE, Madame Heidi Tagliavini, pour essayer d'appuyer le plan de paix du nouveau président ukrainien. Ce plan s'exécute dans le cadre d'un groupe tripartite comprenant la Russie, l'Ukraine et l'OSCE.

Concernant la troisième ligne directrice du programme de législation, à savoir "La sécurité de la Suisse est assurée", je viens d'en évoquer l'aspect international. L'aspect national concerne quant à lui le projet de modification des bases légales liées au développement de l'armée, avec la consultation menée par le Conseil fédéral pour donner une assise juridique à l'armée, dans le but qu'elle soit encore plus moderne et mieux adaptée aux besoins de notre époque. L'année passée, nous avons également reçu la proposition d'encadrer les activités des entreprises de sécurité privée. Celle-ci a fait l'objet d'un message et de débats. On peut encore souligner toute une série de chantiers relatifs aux luttes contre la criminalité, contre la corruption, contre les cyber-risques, sur lesquels je ne reviens pas dans le détail.

Concernant la quatrième ligne directrice du programme de législation intitulée "La cohésion sociale de la Suisse est renforcée et les défis démographiques sont relevés avec succès", vous avez, Monsieur Hêche, dans votre exposé très complet, pu démontrer l'importance du dossier du Programme fédéral de prévention et de lutte contre la pauvreté. Je n'y reviens pas, sinon pour confirmer le rapport de situation que vous avez présenté. J'aimerais quand même dire également que 2013 a été une année importante pour des éléments de base concernant l'avenir des assurances sociales, avec l'approbation par le Conseil fédéral d'un avant-projet de réforme de la prévoyance vieillesse, qui vise à assurer le financement des premier et deuxième piliers et à adapter les prestations de l'AVS et de la prévoyance professionnelle aux besoins nouveaux.

Dans le domaine de la santé, le Conseil fédéral a marqué sa volonté de renforcer la médecine de premier recours et la médecine de famille.

Monsieur Eder, vous avez abordé la loi sur la concurrence déloyale, qui ne concerne pas uniquement les assurances-maladie. Je vais tenter de répondre à votre question de manière diplomatique, puisqu'il ne s'agit pas directement du département qui m'est confié. Il me paraît évident que le Conseil fédéral, s'il est prêt à faire quelque chose, c'est en tout cas à étudier des mesures pour rendre cette "tiefе Erfolgsquote", que vous avez évoquée, moins "tief" à l'avenir, et pour que cette "Telefonterror" soit moins terrifiante à l'avenir. Nous prenons donc acte de vos différentes constatations ainsi que des chiffres objectifs que vous nous avez fournis sur ces procédures, qui nous donnent en effet l'impression que la loi n'a pas vraiment beaucoup d'efficacité. C'est avec plaisir que je transmettrai ces remarques pour voir dans quelle mesure nous pouvons étudier, voire mettre en place

AB 2014 S 486 / BO 2014 E 486

des éléments qui permettront d'intervenir de manière plus efficace.





Concernant la cinquième ligne directrice, à savoir "La Suisse utilise l'énergie et les ressources de manière efficiente et durable et se prépare à l'accroissement des besoins de mobilité", il s'agit évidemment de tout le dossier Stratégie énergétique 2050. Le message sur le premier paquet de mesures a été accepté l'année dernière par le Conseil fédéral et il est actuellement en discussion au Parlement. Vous connaissez l'importance énorme de ce dossier, comme vous connaissez aussi tous les dossiers d'importance essentielle sur les infrastructures de transport performantes et sûres. Il faut évoquer ici en particulier l'approbation des crédits pour la construction et le financement du corridor de quatre mètres sur les tronçons d'accès de la NLFA. Il faut aussi rappeler le message relatif à la garantie du bon fonctionnement, la sécurité et la disponibilité du tunnel routier du Saint-Gothard.

La dernière ligne directrice que je voudrais aborder maintenant, c'est celle, tout aussi fondamentale, qui vise à assurer à la Suisse une position de pointe dans les domaines de la formation, de la recherche et de l'innovation, qui sont les principaux atouts de la Suisse. Nous devons donc favoriser cette recherche de pointe, maintenir la formation académique à un très haut niveau, maintenir la complémentarité avec la formation duale et l'intégration des jeunes, exemplaire dans le monde et particulièrement intéressante du point de vue du partenariat privé-public là aussi.

Cela impliquait en 2013 la préparation du renouvellement des accords avec l'Union européenne, que ce soit pour l'éducation ou la recherche. Depuis lors, alors que tout était préparé, des difficultés sont survenues à la suite du vote du 9 février 2014; puis l'épisode relatif à la Croatie nous a permis de relancer le moteur. Néanmoins, pour l'éducation en particulier, la situation reste difficile, et des mesures compensatoires nationales sont prévues pour 2014. Pour la recherche, des propositions sont sur la table et sont en discussion. Mais le fait que l'Union européenne soit en grand chambardement concernant ses responsables à tous les niveaux ne rend pas les discussions plus faciles à l'heure actuelle.

J'aimerais vous dire encore une fois que le rapport de gestion est une image qui vieillit vite et qui par conséquent doit être nuancée par les événements qui sont survenus depuis la fin de l'année dernière. Aux images, il faut ajouter les réalités, et en particulier la capacité de bien faire fonctionner nos institutions face aux évolutions. Là aussi, il est important de mettre en évidence les valeurs de confiance, de partage des responsabilités entre le Conseil fédéral et le Parlement dans l'étude de la gestion et de leurs priorités.

C'est pourquoi le Conseil fédéral tient à vous remercier de l'examen aussi critique que constructif et utile auquel vous avez bien voulu vous soumettre.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss über die Geschäftsführung des Bundesrates im Jahre 2013 **Arrêté fédéral approuvant la gestion du Conseil fédéral en 2013**

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Präsident (Germann Hannes, Präsident): Da Eintreten obligatorisch ist, findet keine Gesamtabstimmung statt.